



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Reichstagswahlen in Baden. (Aus Baden.)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

doch wahrlich andres Grün genug gab, auch anderen Menschenkindern erzählt habe, zur Beherzigung für eine Zeit, wo jenes Grün wieder verwelkt sein und man sich wieder um die kerzenerleuchteten Klavierpulte schaaren wird. Möchten dann auf manchem Pulte auch die „altenglischen Volkslieder“ aufgeschlagen liegen!

Die Reichstagswahlen in Baden.

(Aus Baden.)

Mit großer Einmütigkeit hat man sofort von vornherein in den nationalen und liberalen Kreisen unseres Landes die Maßnahme der jüngsten Reichstagsauflösung für einen politischen Fehler erklärt. Diese Auffassung erscheint durch den Ausfall der Wahlen wohl so ziemlich durchweg bestätigt. Wir sind überzeugt, daß das neue, fein und scharf ausgearbeitete Sozialdemokratengesetz — möge es in der ursprünglichen, von der preussischen Regierung ihm gegebenen Gestalt oder möge es modifizirt aus den Berathungen des Bundesrathes hervorgehen — auch für den früheren Reichstag die Grundlage zu einer Einigung und Verständigung mit der Regierung bezüglich der Bekämpfung der Sozialdemokratie abgegeben hätte. Ja die Chancen für diese Einigung und Verständigung standen im vorigen Reichstage günstiger, als sie im neugewählten stehen, in welchem es der vollen Energie und des weisesten Maßhaltens von Seiten der in den letzten Wochen so über alle Gebühr verunglimpften treuesten Reichspartei, der national-liberalen, bedarf, damit dem neuen Gesetzesentwurf nicht dasselbe Schicksal wie dem früheren bereitet werde. Aber abgesehen von diesem speziellen Punkte, was will dem Fürsten Bismarck in Bezug auf seine in großem Stile geführte nationale Politik das bedeuten, daß jetzt ein Reichstag ihm zur Seite tritt, in welchem die ausgesprochenen Feinde des Reichs, Centrum und Partikularisten aller Art, und die im vollsten Sinne des Wortes zweifelhaften angeblichen Freunde desselben, die Deutsch-Konservativen, in einer Anzahl erscheinen, mit der sorgfältig gerechnet werden muß? Wir haben nichts gegen die erfolgte Dezimierung der Fortschrittspartei einzuwenden, noch viel weniger gegen die, übrigens durchaus nicht in der erwarteten Weise geschehene Schwächung der sozialdemokratischen Fraktion. Aber daß das Centrum mit seinen Hospitanten die stärkste Fraktion bilden wird, daß die um das Reich und seine bisherige Konsolidirung und Entwicklung verdiensteste Partei, die national-liberale, rückwärts gedrängt wurde, das vermögen wir nimmer für

Gewinn zu erachten. Wir wissen uns frei von einseitiger Fraktionspolitik. Es ist unbestritten, daß die national-liberale Partei am selbstlosesten unter allen ihr jeweiliges Verhalten nicht nach Fraktionsinteressen eingerichtet hat, sondern im Einklang mit ihren nationalen und liberalen Prinzipien lediglich nach sachlichen Erwägungen. Es ist bekannt, welchen Dank sie dafür seit Jahren von rechts und von links erntet. Es wird sie in ihrem Bestreben nicht irre machen, daß sie, anscheinend unter vollster Begünstigung der Regierung, bei den eben erfolgten Wahlen etwas „an die Wand“ gedrückt wurde. Aber das darf und muß aus ihren Reihen heraus offen gesagt werden, daß die Arbeit für des Reiches Wohl ihr erschwert ist.

Daß dieser Ausfall der Wahlen kommen werde, hat man bei uns in Baden klar vorausgesehen. Ja man glaubte ihn theilweise noch ungünstiger erwarten zu müssen. Die grimmen Posaemenstöße der preussischen Offiziösen und der „freiwillig gouvernementalen“ Presse drangen auch in unsern Süden herüber. Sie konnten bei uns keinen wesentlichen Einfluß haben. Immerhin aber haben sie dazu gedient, den Eindruck, der sofort bei der Reichstagsauflösung in den weitesten Kreisen feststand, zu verstärken, daß die Reichsregierung bei den Wahlen einen Kampf zwischen Konservatismus und Liberalismus ausfechten lassen wolle, unter Beobachtung einer für ersteren wohlwollenden Neutralität. Im Verlauf des Wahlkampfes hat sich dieser Eindruck von Tag zu Tage verstärkt, und er mußte sich verstärken, wesentlich in Folge des Umstandes, daß unsere Deutsch-Konservativen unermüdet und mit dreifachster Miene durch ihre Presse, durch die Wahlreden ihrer Reichstagskandidaten, namentlich aber durch die für sie arbeitenden geistlichen Agitatoren versichern ließen, wie es dem Reichskanzler einzig darum zu thun sei, den Liberalismus unschädlich zu machen und die Reichspolitik in konservative d. i. reaktionäre Bahnen einzulenken. Wer es treu mit Kaiser und Reich meint, der wählt keinen Nationalliberalen! So haben konservative Wahlaufrufe zu Duzenden proklamirt, mit solch' absoluter Bestimmtheit, daß man fast hätte annehmen können, Fürst Bismarck habe diese Parole jedem einzelnen der kandidirenden Freiherren und jedem ihrer geistlichen Schildknappen persönlich in die Ohren geflüstert. Wir haben oben der offiziösen preussischen Presse Erwähnung gethan. Die von uns in diesen Blättern*) bereits erwähnte offiziöse Auslassung der „Karlsru. Zeit.“ betreffs der Stellung der badischen Regierung zu der Frage der Reichstagsauflösung hatte klar gesprochen. „Die der freisinnigen Richtung feindlich gegenüberstehenden Parteien scheinen allerdings in der Auflösung und bevorstehenden Neuwahl des Reichstags bereits das Anbrechen ihrer Aera zu erblicken. Dazu

*) Grenzboten Nr. 27.

gibt ihnen aber schon der ausgesprochene Zweck des Bundesraths-Beschlusses keine Berechtigung.“ Das Organ unserer Deutsch-Konservativen erhob gegenüber dieser Erklärung den Vorwurf, die Regierung „durchkreuze die Pläne des leitenden Staatsmannes“, die deutsch-konservative Partei werde — so war mit Fettschrift zwischen den Zeilen zu lesen — als Bundesgenosse der Reichsregierung gegen die Landesregierung den „offiziellen Fehdehandschuh“ — so war wörtlich erklärt — aufnehmen. Zu alledem kam die Nachricht von der Kabinettsfrage, die der Reichskanzler betreffs Zustimmung der badischen Regierung zu dem preussischen Antrage auf Reichstagsauflösung nach Karlsruhe gestellt hatte. Ueberdies kursirten dunkle, aber eben deshalb um so gefährlicher wirkende Gerüchte von ernstest Auseinandersetzungen, die anlässlich der vorerwähnten Erklärung der „Karlsru. Zeit.“ zwischen dem Reichskanzler und unserer badischen Regierung stattgefunden. Alles das wirkte zusammen, jene Auffassung des Wahlkampfes als eines von der Reichsregierung gewollten Kampfes zwischen Konservatismus und Liberalismus zu befestigen und in immer weitere Kreise zu tragen.

Wie bereits erwähnt, waren es vor allem die Deutsch-Konservativen, welche mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiele auf dem für sie günstigen Terrain sich in Schlachtordnung formirten. Günstig war das Terrain, schon ehe die offiziöse preussische Presse den Sonnenstrahl der Regierungsfreundlichkeit gesendet hatte. Unter dem Drucke der mißlichen wirthschaftlichen Verhältnisse begann seit einigen Jahren ein immer stärkerer konservativer Zug sich im Volke zu regen. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, die Erleichterung der Eheschließung u. dgl. wurden als die Ursachen angesehen, die jene Mißstände hervorgerufen. Mit dem Aufsuchen von Beweisen für erhobene Anschuldigungen nimmt es die große Masse bekanntlich nie skrupulös. So genügte auch für den vorliegenden Fall die einfache Argumentation: unter der Herrschaft von Freizügigkeit, Gewerbefreiheit u. dgl. ist die wirthschaftliche Krisis hereingebrochen, also haben Freizügigkeit, Gewerbefreiheit u. dgl. diese Krisis verschuldet. War man mit diesem Gedankensprung zurechtgekommen, so mußte ja gewiß auch noch viel sicherer der andere gelingen, daß der Liberalismus, der jene Gesetze gebracht habe, an allen jenen Uebeln schuld sei. Und einmal im kühnen Schließen begriffen, konnte man zu guter Letzt auch vor dem kühnsten salto mortale nicht zurückschrecken, vor dem, daß der Konservatismus, zur Herrschaft erhoben, im Handumdrehen die sämtlichen Mißstände beseitigen und glänzende Zeiten heraufführen werde. Dazu kam die absolute Bestürzung und Entrüstung über die Attentate auf den greisen Heldenkaiser. Sollte wirklich der Liberalismus mit dem ganzen Geiste, welchen er unserer Gesetzgebung einhauchte, zu weit gegangen sein? wäre vielleicht eine strengere Einschränkung der

Freizügigen III. 1878.

Volkswfreiheit, ein Wischen „gesunde Reaktion“ angezeigt? So wogte es hin und her in dem tief erregten Volksgemüthe. Klug waren die Führer der deutsch-konservativen Bewegung bemüht, diese Stimmung für ihre Zwecke zu benutzen, indem sie dieselbe planmäßig und raffiniert zum lichten Haß gegen den Liberalismus zu steigern suchten.*) „Wir stehen — so proklamirte ihr Wahlaufruf — jetzt vor einem Wendepunkt, welcher für unsere Zukunft, für das Wohl und Wehe des deutschen Volkes entscheidend sein wird.“ Dieser Wendepunkt sollte im Sinne des deutsch-konservativen Programms herbeigeführt werden. Daß die Reichsregierung mit diesem Programm völlig einig sei, wurde unablässig versichert, und zum Beweise dafür mußte der „deutsch-konservative“ Graf Moltke fast in jeder Nummer der „Bad. Landpost“ aufmarschiren. Auch nach Stützen in den höchsten Regionen unseres Landes sah man sich um, leider nicht vergeblich. Prinz Wilhelm, der Bruder unseres Großherzogs, der Vertreter des Wahlkreises Karlsruhe in dem vorletzten Reichstage und als solcher zur deutschen Reichspartei zählend, wurde für die deutsch-konservative Kandidatur im I. Wahlkreise (Konstanz) gewonnen. Prinz Wilhelm hatte seiner Zeit im Kampfe gegen das Konkordat sich Verdienste erworben und war auch später noch als Vorkämpfer des nationalen und liberalen Gedankens thätig gewesen. Seine aktive Theilnahme an dem Feldzuge der Jahre 1870 und 1871 hatte ihn in weiten Volkskreisen populär gemacht. Es hat peinlich, berührt ein Mitglied unseres großherzoglichen Hauses und gerade dieses Mitglied auf dem nicht durchweg reinlichen Boden des deutsch-konservativen Parteiprogramms Postfassen zu sehen, um so mehr, als allbekannt war, daß die Aufstellung dieser Kandidatur nicht lediglich politischen Motiven entstammte, sondern zum Theil recht kleinlichen Konstanzer städtischen Vorgeleien. Der Schein der Regierungsfreundlichkeit (in Bezug auf die Landesregierung), der Uebereinstimmung mit den Intentionen unseres Fürstenhauses konnte mit der prinziplichen Kandidatur nicht erlangt werden. Die „Karlsru. Zeit.“ säumte nicht, es für „ebenso unzulässig als unbegründet“ zu erklären, die Aufstellung der besagten Kandidatur in eine Verbindung mit der Person des Landesherrn zu bringen. „Es ist unzulässig, die über den Parteien stehende und allen Landesangehörigen mit gleicher Fürsorge zugewandte Person des Landesherrn in den Parteikampf herabzuziehen und für eine bestimmte Partei in Anspruch nehmen. Und es ist unbe-

*) Im Wahlkreise Karlsruhe-Bruchsal wurde wenige Tage vor der Stichwahl von dem deutsch-konservativen Ausschusse als Beilage zu einem gedruckten, „ganz vertraulichen“ Anschreiben an die konservativen Vertrauensmänner unter anderem ein rother Streifen versendet, welcher die Aufschrift „Gelogen!“ trug. Derselbe sollte über ein von liberaler Seite ausgegebenes weißes Plakat geklebt werden, könne aber auch — so lautete wörtlich die Instruktion — „bei sonstigen liberalen Plakaten getrost angewendet werden“. Getrost! Welches Gewissen!

gründet, wenn aus nahen Familienbeziehungen ein Schluß auf die allerhöchsten Absichten selbst gezogen werden will.“ Diese klare, feste Sprache hat unserem Landesfürsten und seiner Regierung die wärmste Anerkennung gewonnen. Die Sondirung nach dieser Seite hin hatte für die Deutsch-Konservativen kein ermutzigendes Resultat gehabt. Und doch bedurften sie der Stützen so sehr! Denn die Reaktion der fünfziger Jahre steht noch zu gut in der Erinnerung unseres Volkes, als daß es so leicht hin auf den deutsch-konservativen Leim ginge. Das badische Volk geht und ging auch diesesmal nicht darauf. Aber *Roma locuta est!* Die Ultramontanen hatten ihren gesinnungsverwandten orthodox-pietistischen Stiefbrüdern evangelischer Konfession Sukkurs geschickt, und unterstützt von dieser Truppe konnte man den Kampf für die junkerlichen Freiherren wagen. Offen proklamirt wurde das Bündniß für den 4., 9., 10. und 13., also für 4 von 11 Wahlkreisen. Für die 3 letztgenannten Wahlkreise hatte das ultramontane Zentralwahlkomité die Ordre ausgegeben. Und sie wurde befolgt. Lediglich mit Hilfe der Ultramontanen siegten bei der Stichwahl im 9. Wahlkreise (Sttlingen, Durlach, Pforzheim) der bisherige Vertreter dieses Wahlkreises, Käß, im 10. Wahlkreise (Karlsruhe=Bruchsal) Freiherr v. Marschall, Staatsanwalt in Mannheim. Diese beiden Sitze haben die Deutsch-Konservativen erlangt, also zwei gegen dem einen, den sie auf dem vorigen Reichstage inne hatten. Sie zu erlangen, dazu war Stichwahl erforderlich, d. h. Wegfall der bei dem ersten Wahlgange betheiligt gewesenen sozialdemokratischen Stimmen, soweit diese bei der Stichwahl nicht sub rosa für den konservativen Kandidaten votirten. Der vielgewandte Freiherr v. Marschall hat nun erreicht, was er bei der vorigen Reichstagswahl*) vergeblich erstrebte. Daraus ist zu lernen: es läßt sich viel erlangen, wenn man zähe Ausdauer besitzt und bei der Wahl der Mittel sich nicht allzuzarten Bedenken überläßt. Solche Bedenken könnten z. B. abhalten, vor einer Wählerversammlung der Stadt Karlsruhe die Worte so zu stellen, daß die Rede in ganz annehmbarem national-liberalem Kolorit strahlt, und sodann in Bruchsal mit Vertrauensmännern der ultramontanen Partei, an ihrer Spitze dem streitbaren Defan und Reichstagsabgeordneten Lender, zu paktiren, vor ihnen, wie die „Germania“ ausgeplaudert hat, zu „sprechen und zu versprechen“. Dieses „Versprechen“ hat der ultramontane „Bad. Beob.“ wohl am besten erläutert, wenn er von „manchem“ konservativen Abgeordneten rühmt, daß sie „ihren katholischen Wählern die allerbefriedigendsten Versprechungen bezüglich ihrer Haltung in der kirchlichen Frage gegeben haben“. Die „allerbefriedigendsten“! „Paris vaut bien une messe“ sagte der große Bearner und wurde katholisch. Einen äh-

*) S. Grenzboten 1877 Nr. 7.

lichen Gedankengang scheint Herr v. Marschall angestellt zu haben, als er sich nach Bruchsal aufmachte, um vor Herrn Lender die Aufnahmeprüfung zu bestehen. Er bestand sie summa cum laude, wurde rezipiert, und dieselbe Partei, welche noch am 5. Juli ihre Angehörigen ernstlich vor Kandidaten gewarnt hatte, die einem Ausnahmegesetze ihre Zustimmung geben würden, empfahl am 20. Juli denselben Wählern Herrn v. Marschall, also einen Mann, der von vornherein die Absicht kundgegeben hatte, der Reichsregierung in Betreff dieses Punktes zu Willen zu sein.“ So die „Bad. Korresp.“ Herr v. Marschall ist am vorläufigen Ziel seiner Wünsche angelangt. Vielleicht bringt er es auch fertig, auf seinem lediglich mit Hilfe der Ultramontanen gewonnenen Reichstagsitz auszuharren, ohne die Nadelstiche zu fühlen, die einem nicht gleich feingeschulten Politiker auf solchem Sitz sich mit brennendem Schmerze in's Fleisch bohren würden. Im 4. und 13. Wahlkreise hat das ultramontan-konservative Bündniß, im ersteren Kreise durch den bisherigen ultramontanen Zählkandidaten „mit gutem Gewissen“ empfohlen, nicht die gleichen Früchte getragen, insofern diese beiden Wahlkreise an ihren bisherigen national-liberalen Vertretern festhielten und so die betreffenden deutsch-konservativen Freiherrn ähnlichen Verlegenheiten, wie sie Herrn v. Marschall sich bieten werden, enthoben haben. Im 1. Wahlkreise (Konstanz) wurde die Unterstützung der Kandidatur des Prinzen Wilhelm ultramontaner Seits nicht anbefohlen, aber offiziös gewährt, mit dem Erfolg, daß der bisherige national-liberale Abgeordnete Heilig bei der Stichwahl mit einem Mehr von 655 Stimmen siegte. Ein noch in zwei Wahlkreisen aufgestellter deutsch-konservativer „Zählkandidat“ erhielt verhältnißmäßig wenige Stimmen. Die deutsch-konservativen Vorbeeren wurden spärlich gepflückt, und die darin sitzenden Stacheln geben ihnen ein recht häßliches Ansehen.

Eine spezielle Erwähnung erheischen noch die Wahlen im 5. und 11. Wahlkreise. Die beiden Sitze gingen der national-liberalen Partei verloren, der erstere Wahlkreis (Freiburg) entsendet einen Ultramontanen, der zweite (Mannheim) einen Demokraten. Bei dem Ausblick auf die Wahlen nannten wir Freiburg ein national-liberales Sorgenkind,*) jetzt ist es wohl auf lange hinaus ein betrautes Schmerzenskind. Mit bedeutendem Mehr (9895 gegen 6893) siegte der ultramontane v. Wänker gegen den national-liberalen von Bodmann, in einem Wahlkreise, der das vorigemal bei der, nachträglich allerdings für ungiltig erklärten Stichwahl einen National-Liberalen erkoren hatte. Es möge hier unerörtert bleiben, wo die Gründe dieses auffälligen Rückganges zu suchen sind, ob in kleinlichen Parteieifersüchteleien unter den Liberalen der Stadt Freiburg oder, wie mehrfach behauptet wird, in dem Umstande, daß die

*) Grenzboten 1878 Nr. 27.

liberale Gesinnung v. Bodmann's Manchem nicht für vollwichtig erschienen sei. Tief zu beklagen bleibt, daß der eine Universität umschließende Wahlkreis das nationale und liberale Banner hat sinken lassen. Nach Wunsch des national-liberalen Landesauschusses hatte Lamey in Freiburg kandidiren sollen. Die Kandidatur wurde von „Vertrauensmännern“ des Wahlkreises nicht akzeptirt. Wir haben das sofort ernstlich beklagt, wir beklagen noch mehr — obwohl wir diesen Schritt durchaus begreiflich finden — daß in Folge der erfahrenen Abweisung Lamey, der von seinen Freunden zu der Kandidatur gedrängt worden war, das Mandat zur zweiten Kammer, welches er für die Stadt Freiburg führte, niedergelegt hat. Mannheim hat sich's diesmal nicht nehmen lassen, einen Demokraten zu entsenden. Die Stichwahl hat Herrn Kopfer gegen den bisherigen national-liberalen Vertreter Scipio auf den Schild erhoben. Doch wäre nichts weniger zutreffend, als aus diesem Wahlergebniß zu schließen, daß das bei der vorigen Reichstags- und Landtagswahl von den National-liberalen okkupirte Terrain mit der Kopfer'schen Wahl an die Sonnemann'sche Demokratie verloren gegangen sei. Herr Kopfer ist zufolge Kompromisses zwischen der national-liberalen und der demokratischen Partei Vertreter der Stadt Mannheim in unserer zweiten Kammer und passirt dort unter dem Titel „reichsfreundlicher Demokrat“. Mit dem Charakteristikum der Sonnemann'schen Demokratie, dem infernaln Haß gegen das Reich, hat er nichts gemein. Möglich, daß er im Reichstage bei der Fortschrittspartei hospitiren wird. Seine Wahl verdankt er wohl hauptsächlich der von ihm eingenommenen, den Intentionen der Reichsregierung scharf entgegengesetzten Stellung zur Frage der Tabaksbesteuerung. Man hat getadelte, daß Herr Kopfer sich herbeigelassen hat, vor der Stichwahl dem sozialdemokratischen Parteiausschuß bestimmte Versprechungen zu geben, auf Grund deren das Eintreten der Sozialdemokraten für seine Kandidatur beschlossen wurde. Diese Versprechungen sind zwar durchaus und lediglich solche, welche als reiner Ausfluß des demokratischen Prinzips sich von selbst verstehen, z. B. Ablehnung jedes Ausnahmegesetzes, Widerspruch gegen jede Abschwächung des allgemeinen und direkten Wahlrechts. Allein ein auf dem Boden unserer Staatsordnung stehender, wahrhaft liberaler Mann weist jede Annäherung der Sozialdemokraten an ihn mit Verachtung zurück, er verhandelt nicht ein Wort mit ihnen, verspricht diesen Feinden jeder Staats- und Rechtsordnung nichts, rein nichts, auch das nicht, was sich für ihn von seinem Standpunkt aus ganz von selbst versteht. Olet!

Die Sozialdemokraten sind in Baden kein Faktor, der in Betracht kommt. Sie haben in manchen Wahlkreisen die äußerste Mühseligkeit für ihre „Zählkandidaten“ entfaltet. Das für sie günstigste Ergebnis erzielten sie im 11. Wahlkreise (Mannheim), wo von 15,052 abgegebenen Stimmen sich 2362 auf

den sozialdemokratischen Kandidaten vereinigten. Im Ganzen haben sie nach der amtlichen Mittheilung der „Karlsru. Zeit.“ über 3593 Stimmen verfügt gegen 3575 bei der vorigen Wahl.

Die National-Liberalen haben von 11 bisher innegehabten Sitzen 3 verloren, einen (Freiburg) an die Ultramontanen, einen (Karlsruhe) an die Deutsch-Konservativen und einen (Mannheim) an die Demokraten. In acht Wahlkreisen blieben sie Sieger, in sieben bei der ersten Wahl, in einem (Konstanz) bei der Stichwahl. In sechs Wahlkreisen wurden die bisherigen Abgeordneten wieder berufen, nämlich: Heilig, Gerwig, Pflüger, Bär, Blum, Kiefer. In zwei Wahlkreisen waren die bisherigen Abgeordneten zurückgetreten. Sie wurden ersetzt durch Fabrikant Krafft in St. Blasien und Oberhandelsgerichtsrath Dreyer in Leipzig. Zwei der drei verlorenen Sitze (Karlsruhe und Mannheim) konnten nur durch an sich absolut widernatürliche Koalitionen entrispen werden. Solche Verbindungen sind die National-Liberalen nirgends eingegangen. Ihre Erwählten sind rein auf dem Boden des nationalliberalen Programms erkoren. Daß in ihren Reihen Baden's bedeutendster Staatsmann und hervorragendster Politiker, Solly, fehlt, ist kein erfreuliches Zeichen. Summa Summarum entsendet Baden in den Reichstag acht Nationalliberale, gegen bisherige elf, drei Ultramontane, gegen bisherige zwei, zwei Deutsch-Konservative, gegen bisher einen, und — noch nicht dagewesen — einen Demokraten. Nach der amtlichen Mittheilung der „Karlsru. Zeit.“, bei welcher jedoch die zersplitterten und ungiltigen Stimmen fehlen und die vier Stichwahlen außer Betracht geblieben sind, wurden im Ganzen 219,782 Stimmen abgegeben. Es wäre das eine um 14,890 Stimmen geringere Betheiligung, als sie am 10. Januar 1877 stattgefunden. Auf die national-liberale Partei kommen bei der diesjährigen Wahl 107,412 Stimmen d. i. 14,658 weniger als 1877; auf die ultramontane 62,826 (etwa 30,900 mehr als das vorigemal), auf die deutsch-konservative 39,721 (etwa 28,700 mehr als 1877), worunter aber reichlich 12—15,000 von den Ultramontanen abgegebene Stimmen sich befinden. Die Demokraten verfügten über 6230 Stimmen, was gegen das Vorjahr ein Mehr von etwa 2400 ergibt; die Sozialdemokraten über 3593 d. i. 18 mehr als 1877. Was die gegen 1877 verringerte Wahlbetheiligung anlangt, so rührt dieselbe wohl ausschließlich daher, daß viele ultramontane Wähler sich lieber der Stimmabgabe enthielten, als für den deutsch-konservativen Kompromißkandidaten zu votiren.

Ende August.

Hr.